



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2021

INA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion der SPD

Polizeiskandal lückenlos aufklären

Nachdem Innenminister Beuth im Zusammenhang mit dem als SEK-Skandal bekannt gewordenen rechten Chatgruppen zunächst von 19 Fällen sprach, kamen anschließend vier weitere Fälle hinzu. In der Sondersitzung des Innenausschusses am 15.06.2021 berichtete Innenminister Beuth dann von 56 beteiligten Personen, davon mindestens 49 aktive Polizeibeamte und zwei im Ruhestand, die sich in nicht einer, sondern sieben Chatgruppen ausgetauscht haben. Dies hatte Innenminister Beuth anfänglich ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass nicht nur SEK-Beamte, sondern Beamte aus acht hessischen Polizeibehörden, darunter ein Ausbilder der Hessischen Polizeiakademie, an den Chats beteiligt waren.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann war Innenminister Beuth bekannt, dass es sich nicht nur wie ursprünglich darstellte um 19, sondern um 56 beteiligte Personen, davon 49 aktive Polizeibeamte handelte und warum hat er darüber die Öffentlichkeit nicht unmittelbar informiert?
2. Seit wann war Innenminister Beuth bekannt, dass nicht nur das SEK Frankfurt, sondern acht Polizeibehörden betroffen waren und warum hat er darüber die Öffentlichkeit nicht unmittelbar informiert?
3. Warum gab es keine interne Kommunikation innerhalb der hessischen Polizei zu den neueren Vorfällen?
4. Die bisher bekannt gewordenen Äußerungen und Inhalte aus den rechten Chatgruppen geben eine allgemeine Lebensgrundhaltung wieder. Wie kann es sein, dass diese bei keinem der beteiligten Beamten im täglichen Austausch auf den Dienststellen sichtbar geworden ist?
5. Nach Angaben des Innenministers in der Sitzung des Innenausschusses am 15.06.2021 waren 13 der betroffenen SEK Beamten am 19. Februar 2020 in Hanau im Einsatz. Wurde überprüft, ob es in diesem Zusammenhang Auffälligkeiten gab?
6. Waren Teilnehmer der rechten Chatgruppen aus dem Hessischen Landeskriminalamt in die Ermittlungen zu den NSU 2.0 Drohschreiben eingebunden?
Falls ja, inwiefern?
7. Inwiefern ist die Auflösung des SEK Frankfurt aus Sicht von Innenminister Beuth eine ausreichende Konsequenz aus dem Bekanntwerden der neuen Chatgruppen, wenn doch insgesamt acht Polizeibehörden betroffen sind?
8. Aus welchem Grund wurden die verbliebenen Kräfte des SEK Frankfurt in die Bereitschaftspolizeiabteilung nach Mainz-Kastel versetzt?
Gab es in der Bereitschaftspolizeiabteilung in Mainz-Kastel bisher Beamte, die Teil rechter Chatgruppen waren?
9. Wie viele Beamte des Landespolizeipräsidiums sind Teil der rechten Chatgruppen und gibt es gegen diese disziplinarrechtliche Ermittlungen?
10. Warum gibt es gegen 24 Beamte, die an den rechten Chatgruppen beteiligt waren, weder strafrechtliche noch disziplinarrechtliche Ermittlungen?
11. Unter welchen Voraussetzungen wurden, auf den vorliegenden Sachverhalt angewandt, disziplinarrechtliche Ermittlungen aufgenommen?

12. Welche Informationen liegen zwischenzeitlich zu den Teilnehmern der rechten Chatgruppen vor, bei denen es sich nicht um aktive oder ehemalige Polizisten handelt?
Gibt es insbesondere Informationen, ob sie rechten Gruppierungen zuzuordnen sind?
13. Trifft es zu, dass die Diensträume des SEK Frankfurt bereits 2014 im Rahmen einer Jubiläumsfeier in den aktuellen Zustand gebracht wurden?
14. Trifft es zu, dass die in Frage 13 benannte Umgestaltung innerhalb des Polizeipräsidiums genehmigt wurde?
15. War Innenminister Beuth seit seinem Amtsantritt in den Räumlichkeiten des SEK Frankfurt?
Falls ja, wann?
16. Waren der Polizeipräsident und sein Vizepräsident sowie dessen Vorgänger Dr. S. vor Bekanntwerden der Vorfälle in den Räumlichkeiten des SEK Frankfurt?
Falls ja, wann?
17. Waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentralen Psychologischen Dienstes in Frankfurt vor Bekanntwerden der Vorfälle in den Räumlichkeiten des SEK Frankfurt?
Falls ja, wann?

Wiesbaden, 17. Juni 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser